

Niederschrift
über die 4. Sitzung des Sozialausschusses
am 04.05.2015 in Köln, Landeshaus

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dickmann, Bernd
Hurnik, Ivo
Kleefisch, Peter Josef
Dr. Leonards-Schippers, Christiane
Nabbefeld, Michael
Naumann, Jochen
Petrauschke, Hans-Jürgen
Rohde, Klaus
Wörmann, Josef

SPD

Berten, Monika
Daun, Dorothee
Franz, Michael
Nottebohm, Doris
Schmerbach, Cornelia
Servos, Gertrud
Zepunkte, Klaudia

für: Pöhler, Raoul

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Scholz, Tobias
Schäfer, Ilona
Zsack-Möllmann, Martina

für: Müller-Hechfellner, Christine
Vorsitzende

FDP

Pohl, Mark Stephen
Runkler, Hans-Otto

Die Linke.

Detjen, Ulrike

Freie Wähler/Piraten

Dr. Grumbach, Hans-Joachim

Verwaltung:

Herr Lewandrowski	LR 7
Herr Büder	Fachbereichsleitung 71
Frau Lapp	Fachbereichsleitung 72
Herr Flemming	Fachbereichsleitung 73
Herr Dr. Schartmann	Leitung Stabsstelle 70.30
Frau Krause	Leitung Stabsstelle 70.10
Herr Zorn	Abteilungsleitung 61.10
Frau von Berg	Abteilungsleitung 61.50
Frau Lenzen	Abteilungsleitung 73.50
Frau Franke	PR 7
Frau Esch	70.30
Frau Glücks	61.30
Herr Nussbaum	44.12
Frau Schröder	40.01
Frau Stenzel	71.10 (Protokoll)

Gäste:

Frau Bandson	Liga-Team Köln
Herr Huppert	Paritätischer NRW

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 3.Sitzung vom 24.03.2015
3. Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX **14/433**
4. Bericht über den Workshop "Menschen mit Behinderung sicher befördern - Wege zu einer professionellen Ausschreibung" in Zusammenarbeit zwischen Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) und LVR **14/457**
5. Beteiligung des LVR an Hilfsfonds **14/377**
 1. für ehemalige Heimkinder der Jugendhilfe (Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“)
 2. für Kinder und Jugendliche aus psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen
6. Zentrale Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2013 **14/439**
7. Bericht zur modellhaften Erprobung der Einführung des einheitlichen personenzentrierten Ansatzes im Finanzierungssystem der stationären und der ambulanten Eingliederungshilfe sowie damit verbunden der anbieterneutralen (Erst-) Beratung von leistungsuchenden Personen im Rhein-Kreis Neuss **14/435**
8. Beschäftigte in rheinischen Werkstätten mit einem zusätzlichen Personalbedarf nach § 10 Abs. 2 WVO **14/449**
9. Sachstandsbericht zum LVR-Anreizprogramm **14/437**
10. Änderung der Förderung zur Begleitung des Wohnens in Gastfamilien **14/448**
11. Studien- und Informationsreise des Sozialausschusses nach Freiburg und Umgebung in 2016 **14/318**
12. Anfragen und Anträge
13. Mitteilungen der Verwaltung
14. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr

Ende der Sitzung: 11:10 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Niederschrift über die 3.Sitzung vom 24.03.2015

Die Niederschrift wird anerkannt.

Punkt 3

Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX Vorlage 14/433

Der Sozialausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX wird, wie in der Vorlage 14/433 dargestellt, zugestimmt.

Punkt 4

Bericht über den Workshop "Menschen mit Behinderung sicher befördern - Wege zu einer professionellen Ausschreibung" in Zusammenarbeit zwischen Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) und LVR Vorlage 14/457

Herr Wörmann bittet zum Ende des Jahres um Darstellung, wie sich der Mindestlohn in diesem Bereich auswirkt und welche Möglichkeiten der LVR hat, dies zu begleiten.

Herr Nussbaum berichtet, dass im Bereich der Schülerbeförderung bis Sommer diesen Jahres alle Linien nach dem Tariftreue und Vergabegesetz (TVgG NRW) ausgeschrieben sein werden. Für den Bereich der WfbM – Beförderungen liegt die Umsetzung zurzeit bei 93%, dieser Prozess wird in 2016 ebenfalls abgeschlossen sein.

Auf Nachfrage von **Frau Detjen** ergänzt **Herr Nussbaum**, dass das Verfahren des LVR im Gegensatz zu langjährigen Rahmenverträgen nicht nur Vorteile finanzieller Art habe, sondern auch kleineren Unternehmen die Möglichkeit der direkten Beteiligung bietet.

Der Bericht der Verwaltung über den Workshop "Menschen mit Behinderung sicher befördern - Wege zu einer professionellen Ausschreibung" wird gemäß Vorlage- Nr. 14/457 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Beteiligung des LVR an Hilfsfonds

- 1. für ehemalige Heimkinder der Jugendhilfe (Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“)**
 - 2. für Kinder und Jugendliche aus psychiatrischen Kliniken und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen**
- Vorlage 14/377**

Zur Frage von **Frau Schmerbach** berichtet **Frau Schröder**, dass die Anlauf- und Beratungsstelle des LVR von Beginn an aktiv die Vernetzung mit Kommunen, Sozialämtern, Altenheimen, Obdachloseneinrichtungen etc. sowie offensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben habe. Unter anderem habe es zum Ende der Meldefrist hin einen TV-Auftritt des Landesrates, Herrn Bahr, im WDR gegeben. Anschließend sei die Zahl von Neumeldungen noch einmal deutlich gestiegen.

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage 14/377 zur Kenntnis.

Punkt 6

Zentrale Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2013

Vorlage 14/439

Frau Krause stellt die zentralen Ergebnisse des bundesweiten BAGüS-Kennzahlenvergleichs 2013 anhand einer Powerpoint Präsentation vor, die als Anlage beigelegt ist.

An der nachfolgenden, ausführlichen Diskussion beteiligen sich **Frau Leonards-Schippers, Frau Servos, Herr Dr. Grumbach, Frau Daun, Herr Wörmann, Herr Runkler** sowie **Frau Schäfer**. **Frau Krause** berichtet ergänzend, dass die Gesamtfallkosten Wohnen (s. Abb. 8) mathematisch von der Firma con_sens berechnet werden (*Anmerkung: Das Existenzminimum pro Fall beträgt rund 10.120 € im Jahr*). Für die Kennzahlen gebe es eindeutige Definitionen, die mit den teilnehmenden 22 überörtlichen Trägern der Sozialhilfe abgestimmt werden. Änderungen hierzu setzen das Einverständnis aller Teilnehmer voraus. Die Problematik der medizinischen Doppeldiagnosen werde sie bei der nächsten Gelegenheit zur Diskussion stellen. Eine Begründung der jeweiligen Kostenunterschiede bzw. eine qualitative Auswertung erfolgt durch den Kennzahlenvergleich nicht.

Frau Lapp ergänzt, dass die in den Vergütungen enthaltenen Personalkosten nicht die Arbeitsentgelte der Werkstattbeschäftigten beinhalten.

Herr Wörmann bittet für die CDU-Fraktion, ob es möglich wäre, Teile des Kennzahlenvergleichs für die einzelnen Gebietskörperschaften im Rheinland aufzuschlüsseln, und zwar für die stationären und ambulanten Fallzahlen sowie für die Fallzahlen in den WfbM und anderen Formen von Arbeit für Menschen mit Behinderung (jeweils absolut und in der Dichte).

Auf die Frage, ob es einen Unterschied zwischen Städten bzw. Ballungsgebieten und ländlicheren Kreisen bezüglich der ambulanten Angebote gibt, teilt **Herr Lewandrowski** mit, dass die Fallzahlen zu den Wohnhilfen halbjährlich regionalisiert ausgewertet werden und in eine Datenmeldung an das MAIS NRW einfließen. Er schlägt vor, hierzu eine Vorlage für den nächsten Sozialausschuss zu erstellen.

Die zentralen Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2013 (Kennzahlenvergleich 2013) werden gemäß Vorlage Nr. 14/439 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Bericht zur modellhaften Erprobung der Einführung des einheitlichen personenzentrierten Ansatzes im Finanzierungssystem der stationären und der ambulanten Eingliederungshilfe sowie damit verbunden der anbieterneutralen (Erst-) Beratung von Leistungsuchenden Personen im Rhein-Kreis Neuss Vorlage 14/435

Herr Dr. Schartmann erläutert die wesentlichen Ergebnisse des Modellprojektes. In engem Zusammenhang mit den Fragestellungen, die im Modellprojekt im Rhein-Kreis untersucht wurden, stehen Fragestellungen, die in den beiden weiteren Modellregionen in Mönchengladbach und im Rhein-Sieg-Kreis Gegenstand waren. Über die Ergebnisse aus den beiden neuen Modellregionen wird die Verwaltung voraussichtlich in der Sitzung am 24.08.15 berichten. Es wird daher vorgeschlagen, die fachlichen Konsequenzen aus allen drei Modellregionen gemeinsam zu diskutieren.

Zu der inhaltlichen Qualität der Hilfepläne schlägt **Frau Detjen** vor, den IHP so weiter zu entwickeln, dass er weitestgehend mängelfrei ausgefüllt werden könne.

Frau Servos bittet, bei der Gesamtbeurteilung mit einzubeziehen, wie die Betroffenen selber das Modellprojekt bewerten.

Der Bericht zur modellhaften Erprobung der Einführung des einheitlichen personenzentrierten Ansatzes im Finanzierungssystem der stationären und der ambulanten Eingliederungshilfe sowie damit verbunden der anbieterneutralen (Erst-) Beratung von Leistungssuchenden Personen im Rhein-Kreis Neuss wird gemäß Vorlage 14/435 zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Beschäftigte in rheinischen Werkstätten mit einem zusätzlichen Personalbedarf nach § 10 Abs. 2 WVO Vorlage 14/449

Frau Detjen schlägt vor, die Altersstruktur der Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf zu erfassen, da die Verschiebungen zwischen den Fallgruppen eventuell auch altersbedingt sein können.

Die Ausführungen werden gemäß der Begründung zur Vorlage 14/449 zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Sachstandsbericht zum LVR-Anreizprogramm Vorlage 14/437

Die Fragen von **Frau Schäfer** und **Frau Detjen** beantwortet **Herr Flemming**. Die Laufzeit der Projekte wird einem evtl. verspäteten Beginn angepasst. Bei einigen Projekten war es zeitaufwändig, geeignete Fachkräfte zu bekommen. Er bestätigt, dass der Bedarf der Menschen mit Behinderung an einem nächtlichen Hintergrunddienst gedeckt werde, wenn es ihnen dadurch ermöglicht wird, in selbständigen Wohnformen mit ambulanter Unterstützung zu leben.

Der Sachstandsbericht zum Umsetzungsstand der im LVR-Anreizprogramm zur Konversion stationärer Wohnangebote und zur Förderung einer inklusiven Sozialraumentwicklung geförderten Projekte sowie die Konzeption der Evaluation des

Programms wird gemäß Vorlage 14/437 zur Kenntnis genommen.

Punkt 10

Änderung der Förderung zur Begleitung des Wohnens in Gastfamilien Vorlage 14/448

An der ausführlichen Diskussion beteiligen sich **Frau Schäfer, Herr Pohl** und **Frau Detjen. Herr Lewandrowski** erläutert, dass Hintergrund der Vorlage nicht der aktuelle Haushaltsantrag, sondern das Auslaufen des Modellprojekts zum 31.12.2015 sei. Alle Beteiligten benötigen eine frühzeitige Rückmeldung, dass die Modellförderung zum 01.01.2016 in eine Regelförderung übergehe. **Herr Flemming** ergänzt, dass der LWL andere Rahmenbedingungen für diese Wohnform habe. Dort sei das Angebot an den stationären Bereich gekoppelt. Zudem wechseln dort Jugendliche, die in Pflegefamilien untergebracht sind, altersbedingt in dieses Programm. Daher gebe es im LWL höhere Fallzahlen als im LVR.

Herr Pohl schlägt vor, die Vorlage auch im Inklusionsausschuss zu beraten.

Herr Wörmann bittet, dem Inklusionsausschuss nicht jede Vorlage, die in einem Fachausschuss bereits abschließend diskutiert wurde, zur Beratung zuzuleiten. Dies sei nicht die Intention dieses Ausschusses.

Herr Runkler wird für den nächsten Inklusionsausschuss einen Tagesordnungspunkt „Leben in Gastfamilien“ beantragen.

Der Sozialausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden empfehlenden Beschluss:

Ab 01.01.2016 werden gemäß Vorlage Nr. 14/448 die Fachdienste zur Begleitung des Wohnens in Gastfamilien an den LVR-Kliniken Bedburg-Hau, Viersen, Langenfeld und Bonn sowie der Fachdienst im Kreis Wesel mit jeweils 63.000 € jährlich institutionell gefördert.

Punkt 11

Studien- und Informationsreise des Sozialausschusses nach Freiburg und Umgebung in 2016 Vorlage 14/318

Herr Lewandrowski ergänzt, dass zwischen den Dezernatsleitungen abgestimmt sei, dass es hinsichtlich Ziel und Inhalt der Reise keine Überschneidungen mit Reisen anderer Ausschüsse gebe.

Frau Servos und **Herr Wörmann** legen Wert auf den Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Behindertenhilfe aus der Schweiz. **Herr Wörmann** bittet zusätzlich darum, bei einem Gespräch mit Prof. Dr. Dr. Klinger als Verbandsvorsitzender des KVJS einen Schwerpunkt auf das Thema „Zugangssteuerung“ zu legen.

Herr Dr. Grumbach erklärt, dass seine Fraktion die Informationsreisen vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage als kritisch ansehe und er daher der Vorlage nicht zustimmen werde.

Die Verwaltung schlägt zwei mögliche Zeiträume im April 2016 vor. Die Festlegung des genauen Reiseterrains erfolgt durch direkte Abfrage bei den Mitgliedern des Sozialausschusses.

Der Sozialausschuss fasst mehrheitlich gegen die Stimme der Freien Wähler/Piraten folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Studien- und Informationsreise des Sozialausschusses nach Freiburg und Umgebung in 2016 wird gemäß Vorlage 14/318 zugestimmt.

Punkt 12 **Anfragen und Anträge**

Auf Nachfrage von **Frau Schmerbach** berichtet **Herr Dr. Schartmann** über den aktuellen Sachstand zum Thema "Kurzzeitpflege" und sagt für die Sitzung im August 2015 eine Vorlage zu.

Punkt 13 **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Lewandrowski entschuldigt Frau Prof. Dr. Faber, die heute ihren ersten Arbeitstag als Landesrätin für das Dezernat Schulen und Integration hat und zukünftig in dieser Funktion wohl auch an den Sitzungen des Sozialausschusses teilnehmen wird.

Bundesteilhabegesetz

Herr Lewandrowski berichtet, dass der Presse zu entnehmen sei, dass der Bundesfinanzminister möglicherweise plane, die Finanzverantwortung für die Eingliederungshilfe dezentral bei den Ländern und Kommunen zu belassen und den Ländern teilweise eine Gesetzgebungszuständigkeit für diesen Bereich einzuräumen.

Herr Büder teilt mit, dass er zum 01.07.2015 die Nachfolge von Herrn Elzer als Geschäftsführer der Rheinischen Versorgungskassen antreten werde. Er bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und wünscht dem Sozialausschuss weiterhin ein konstruktives Miteinander.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Büder und wünscht ihm für die neue Aufgabe viel Erfolg.

Punkt 14 **Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen.

Solingen, den 10.06.2015

Die Vorsitzende

Zsack-Möllmann

Köln, den 28.05.2015

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

In Vertretung

Lewandrowski

Entwicklung der Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung

Vorstellung der Ergebnisse des bundesweiten BAGüS-Kennzahlenvergleichs 2013

LVR-Dezernat Soziales
Stabsstelle 70.10
Steuerungsunterstützung und Controlling

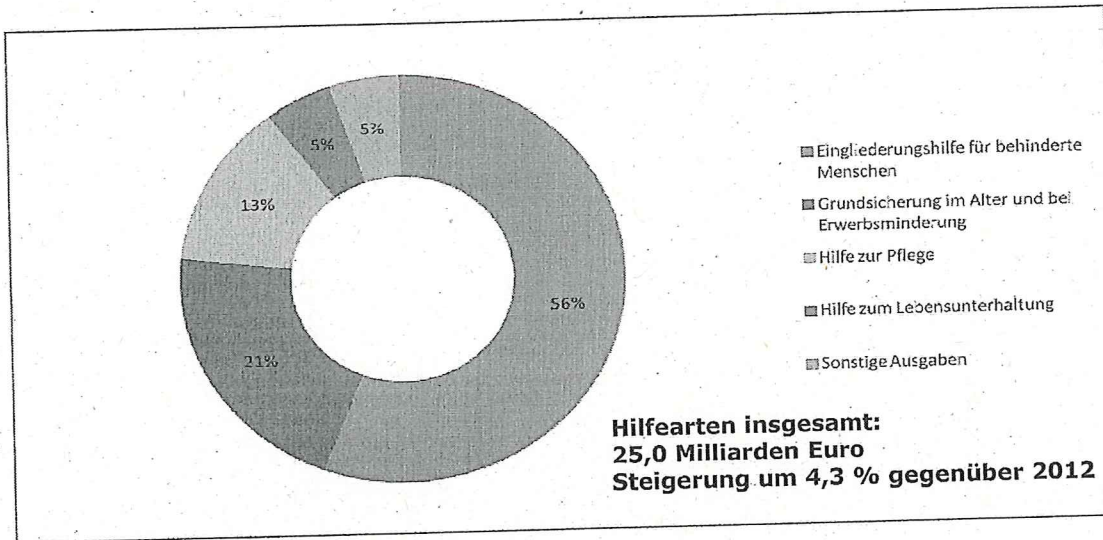
Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Kennzahlen-Vergleich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe

- BAGüS: Zusammenschluss aller 23 überörtlichen Träger der Sozialhilfe
- Benchmarking-Projekt seit 1998: Erstellung eines bundesweiten Kennzahlenvergleichs (in Zusammenarbeit mit Fa. con_sens); Neuausschreibung und Relaunch 2014
- Ziel: Übersicht über die ambulanten und (teil-)stationären Angebote und die bundesweiten Entwicklungen in Bezug auf Plätze, NutzerInnen und Kosten
- Aussagegehalt: gute Übersicht über Bundestrends
- Unterschiede bei Datenlage, Begrifflichkeiten und technischen Verfahren erschweren Einzelvergleiche

Nettoausgaben der Sozialhilfe 2013

Anteile nach Hilfearten in Prozent

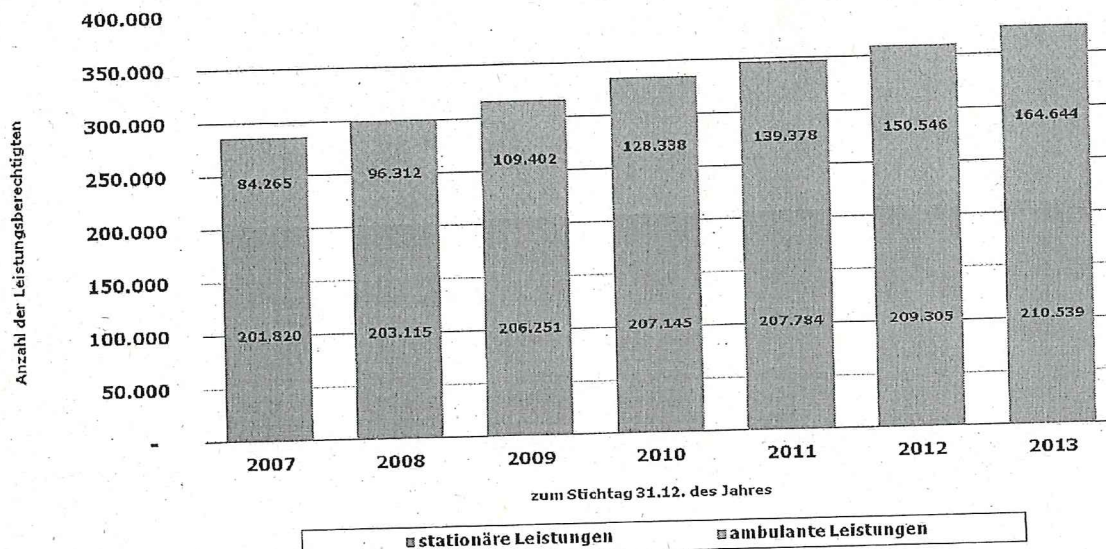


© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Folie 3

Die Zahl der Menschen mit Wohnunterstützung insgesamt steigt bundesweit.

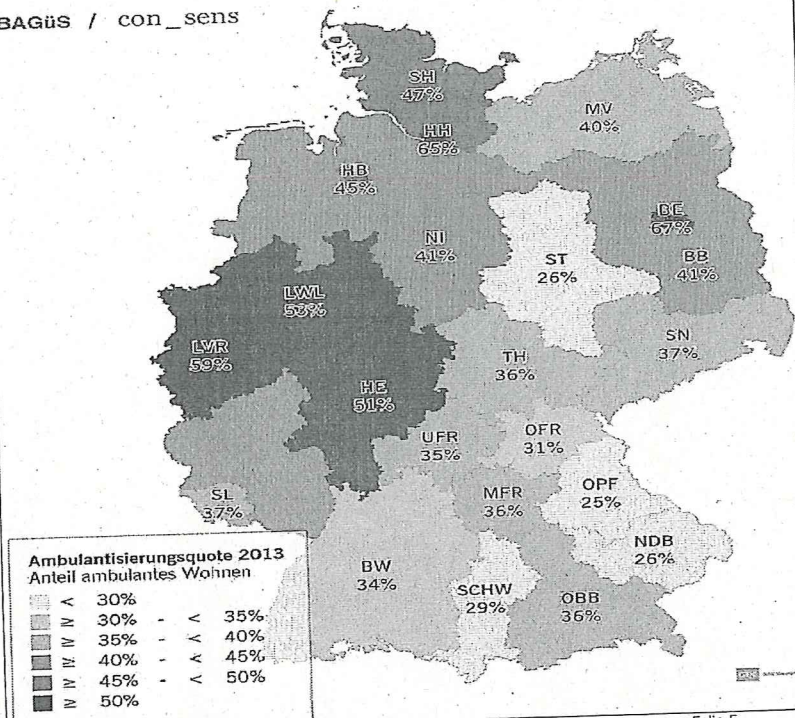


Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Folie 4

Ambulantisierungsquote 2013:
Bundesweit leben 54% der Empfängerinnen und Empfänger von Wohnleistungen in stat. Einrichtungen, 46 % leben selbstständig mit ambulanter Unterstützung.

BAGüs / con_sens

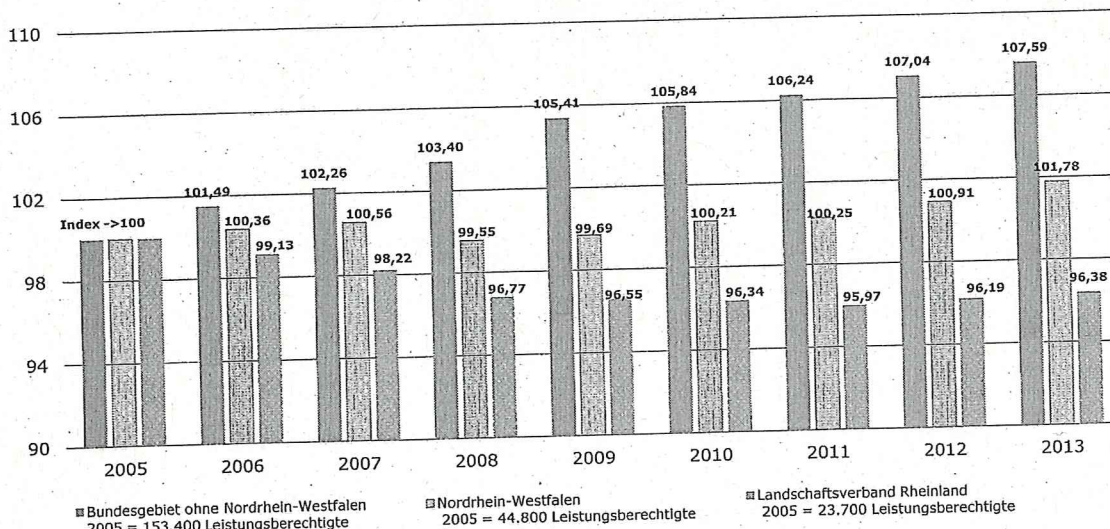


©2014 BAGüs/con_sens

Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Folie 5

Fallzahlentwicklung stationäres Wohnen
Bundesgebiet, NRW und LVR
Zeitraum: 2005 bis 2013 (Index -> 2005 = 100)

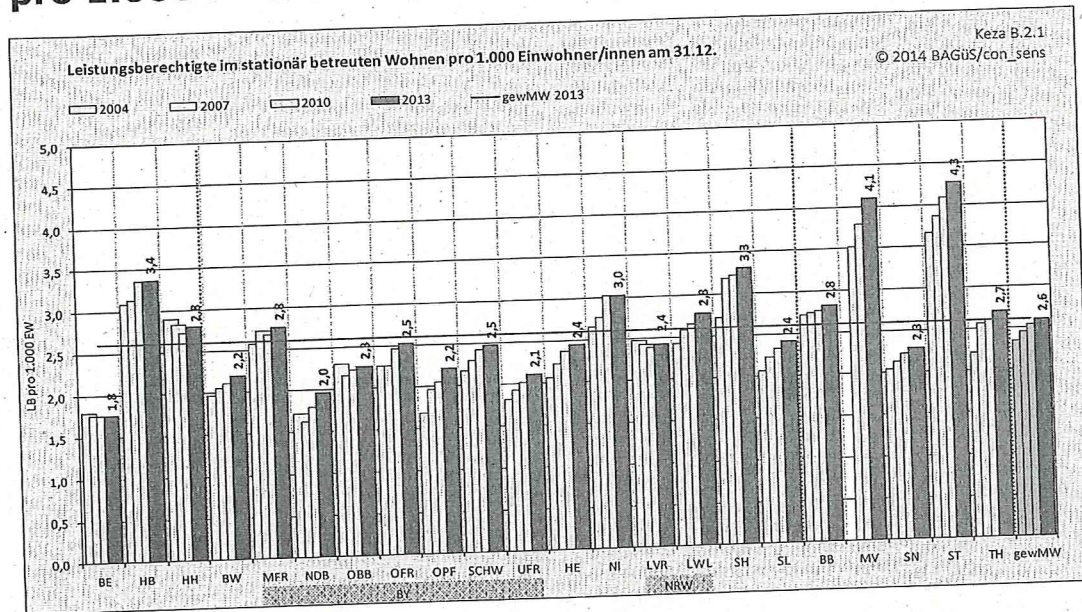


Datenquelle: Bagüs -Benchmarking Bericht 2013

Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Folie 6

Leistungsberechtigte im stationär betreuten Wohnen pro 1.000 Einwohner/innen (2004-2013)



©2014 BAGüS/con_sens

Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Folie 7

Kennzahlen Leistungsberechtigte im stationäres Wohnen

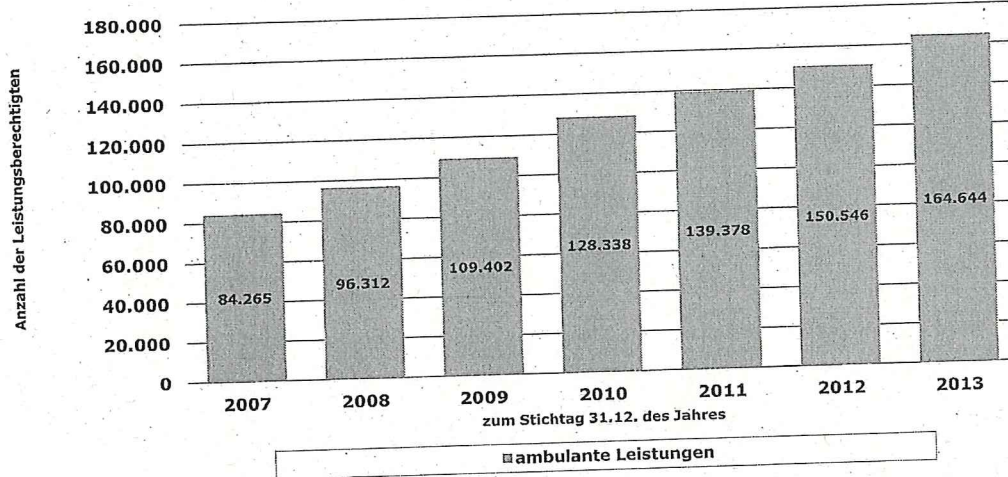
- Zwei Drittel der Leistungsberechtigten in Wohneinrichtungen sind primär geistig behindert.
- Der Anteil älterer Menschen wächst:
2013: Anteil LB > 50 Jahre: 42 %
2003: Anteil LB > 50 Jahre: 31 %
- Das Durchschnittsalter liegt bundesweit bei 44 Jahren, im Rheinland bei 45 Jahren.
- Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Leistungsberechtigten in Wohneinrichtungen liegt bei 40 %.

Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Folie 8

Die Zahl der Menschen mit ambulanter Wohnunterstützung steigt bundesweit. Die Wachstumsdynamik lässt nach.

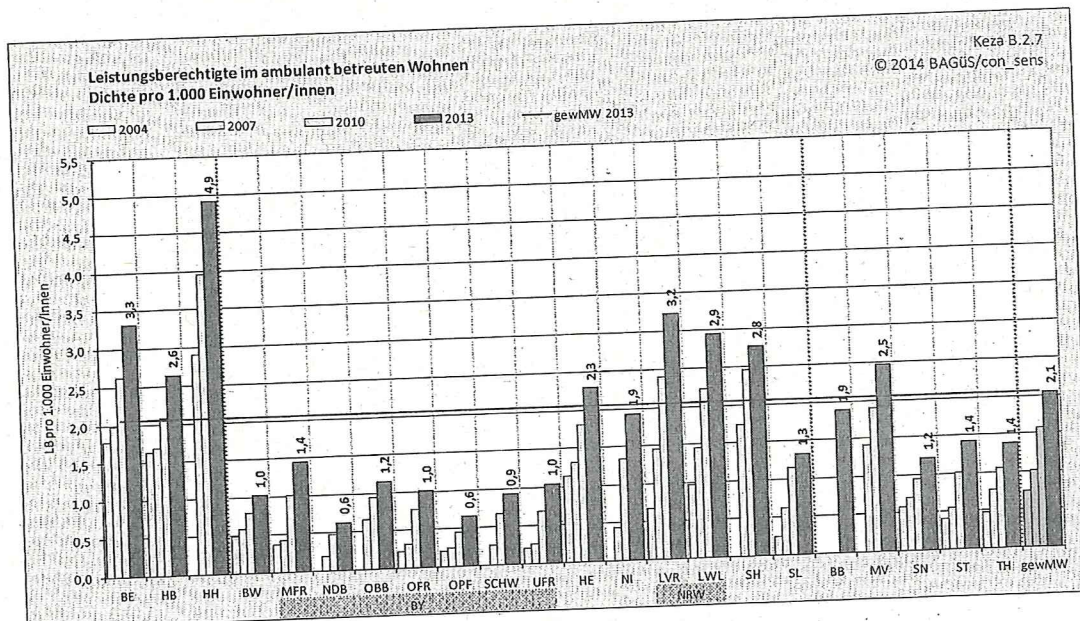
Anzahl der Leistungsberechtigten mit wohnbezogenen
Hilfen bundesweit



Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Folie 9

Leistungsberechtigte im ambulant betreuten Wohnen pro 1.000 Einwohner/innen (2004-2013)



©2014 BAGÜS/con_sens

Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Folie 10

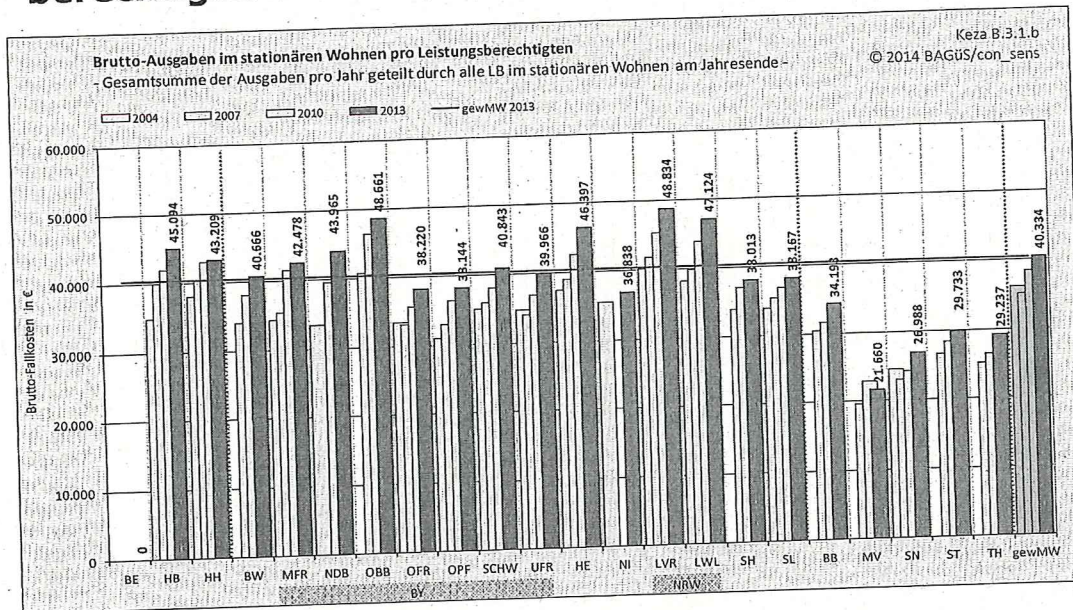
Kennzahlen Leistungsberechtigte mit ambulanter Wohnunterstützung

- 71 % der Leistungsberechtigten mit ambulanter Wohnunterstützung sind seelisch behindert.
- 25 % - ein Viertel - sind primär geistig behindert.
- Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Leistungsberechtigten mit ambulanter Wohnunterstützung liegt bei 43 % bundesweit.
(LVR: 47 % weiblich)

Kennzahlen Ausgaben Wohnhilfen

- Bundesweit gaben die Sozialhilfeträger für Wohnhilfen für Menschen mit Behinderung 2013 rund 10 Milliarden Euro aus.
8,5 Milliarden Euro entfielen auf das stationär betreute Wohnen (brutto, inkl. Existenzsicherung sowie Tagesstruktur).
- 1,5 Milliarden Euro wurden 2013 für die ambulante Wohnunterstützung ausgegeben (netto, ohne existenzsichernde Leistungen).
- Die Gesamt-Brutto-Ausgaben im stationären Wohnen stiegen zwischen 2007 und 2013 um 19 %, die Fallkosten im stationären Wohnen um 15 % im gleichen Zeitraum.

Brutto-Ausgaben im stationäre Wohnen pro leistungs- berechtigter Person / Brutto-Fallkosten (2004-2013)

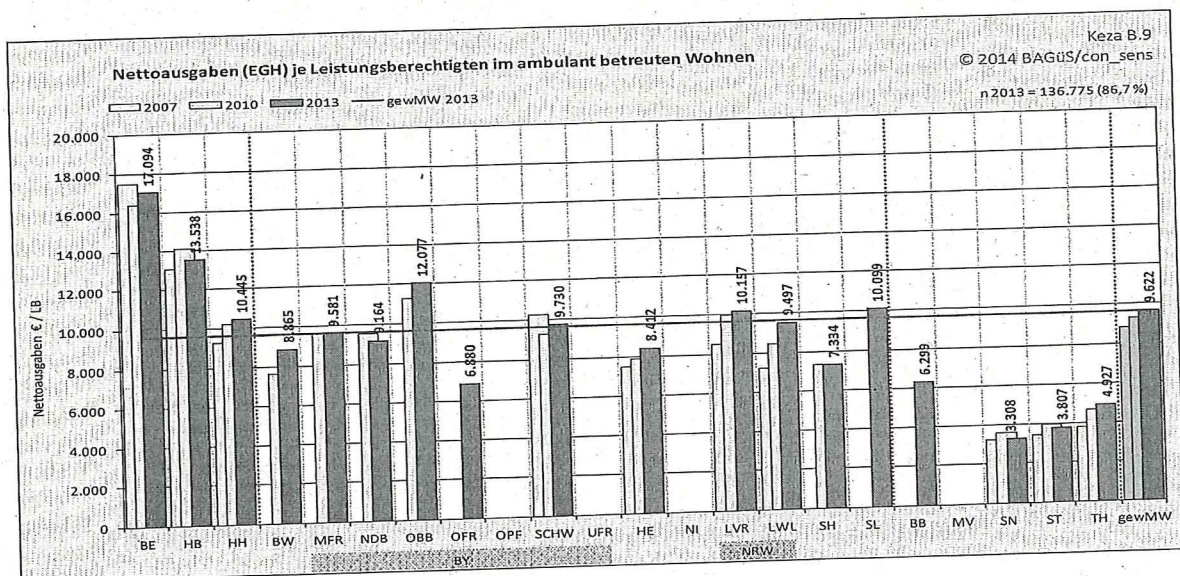


©2014 BAGÜS/con_sens

Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Folie 13

Netto-Fallkosten im ambulant betreuten Wohnen (2004-2013)



©2014 BAGÜS/con_sens

Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Folie 14

Gesamtfallkosten Wohnen für ausgewählte Bundesländer/Träger der Sozialhilfe und Ambulantisierungsquote

5 üöTr sortiert nach Fallkosten (aufsteigend)	Wohnen "Fallkosten Insgesamt" in €	Amb.-Quote %
	31.12.2013	
Hamburg	22.319 €	64,9%
LVR	26.764 €	59,0%
LWL	27.788 €	53,0%
Baden-Württemberg	30.567 €	34,1%
Bezirk Oberbayern	36.324 €	36,0%

Basis: 2014 BAGüS/con_sens

Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Folie 15

Kennzahlen Werkstatt-Beschäftigung

- 2013 sind bundesweit rund 264.100 Menschen im Arbeitsbereich einer Werkstatt beschäftigt, das sind 6.000 Leistungsberechtigte oder 1,7 % mehr als 2012. Die Wachstumsdynamik geht zurück. (LVR: + 2,2 % auf 32.500, aber keine Tagesförderstätten in NRW)
- Rund drei Viertel der Werkstatt-Beschäftigten bundesweit sind Menschen mit einer geistigen Behinderung (74 %), ein knappes Fünftel – 19 % - sind Menschen mit einer primär seelischen Behinderung. (7 % Menschen mit körperlicher Behinderung).
- Der Anteil der Menschen mit seelischer Behinderung in den Werkstätten ist gegenüber 2008 um 2 Prozentpunkte gestiegen. (LVR: + 4 Prozentpunkte).
- 41 Prozent der Werkstatt-Beschäftigten sind Frauen.

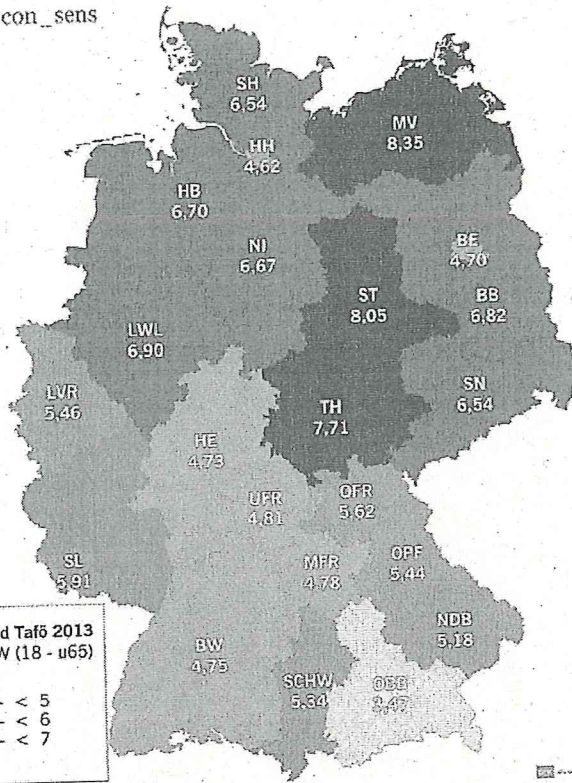
Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Folie 16

Leistungsberechtigte in Werkstätten und Tagesförderstätten 2013

pro 1.000 Einwohner-/
innen 18-65 Jahre

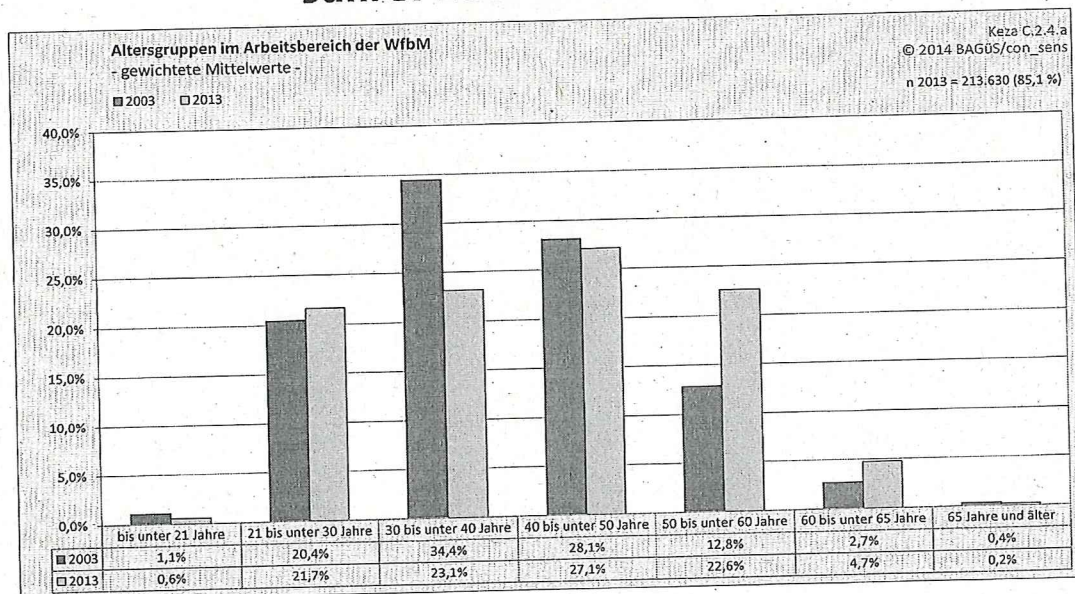
BAGüS / con_sens



Durchschnitt bundesweit: 5,7

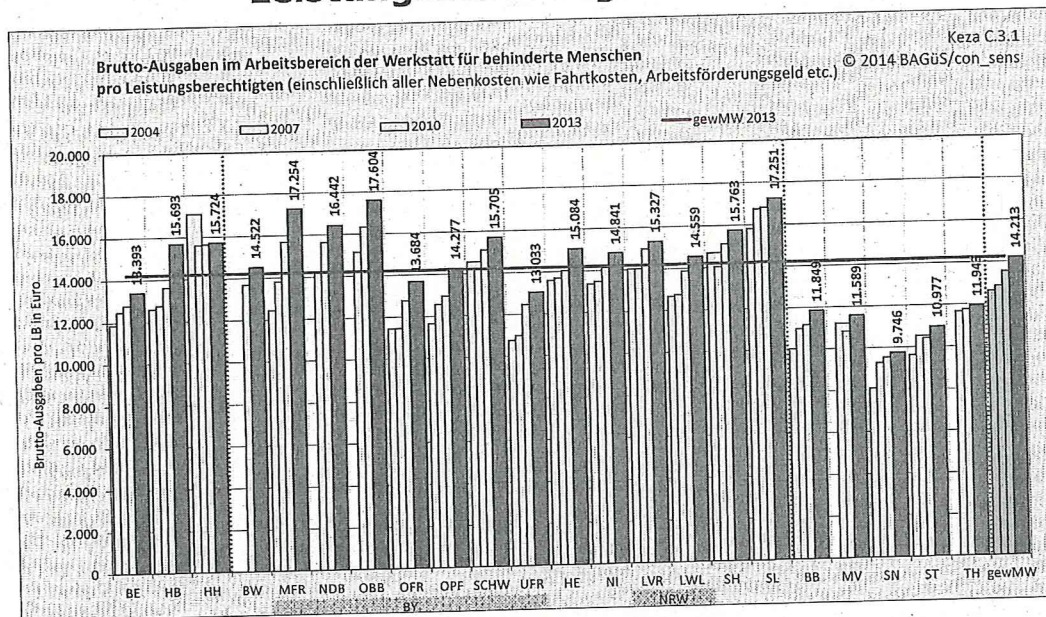
©2014 BAGüS/con_sens

Altersgruppen im Arbeitsbereich der WfbM Jahre: 2003 und 2013



©2014 BAGüS/con_sens

Brutto-Ausgaben im Arbeitsbereich der WfbM pro Leistungsberechtigten - 2013

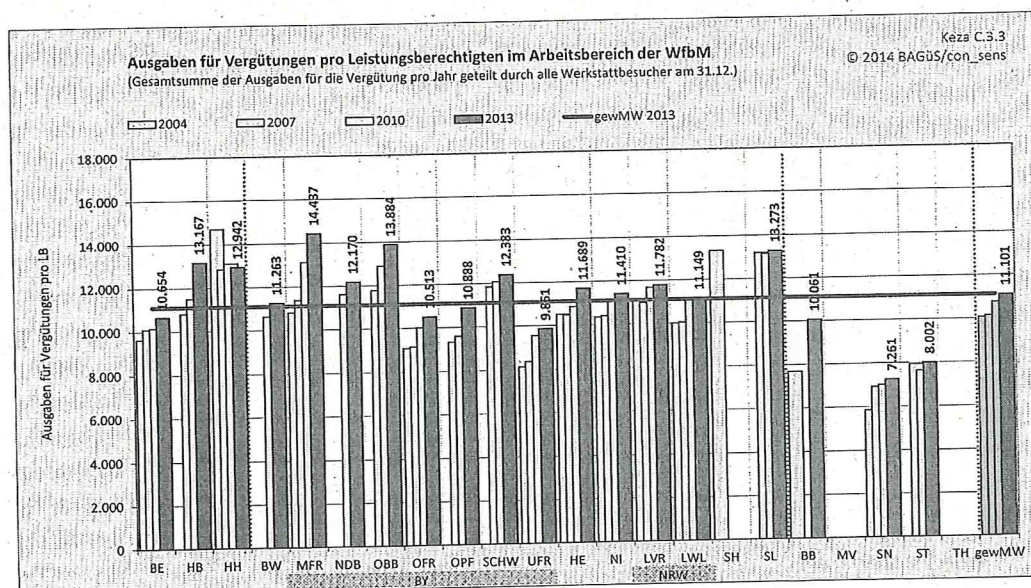


©2014 BAGÜS/con_sens

Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

Folie 19

Ausgaben für Vergütungen pro Leistungsberechtigten im Arbeitsbereich der WfbM - 2013



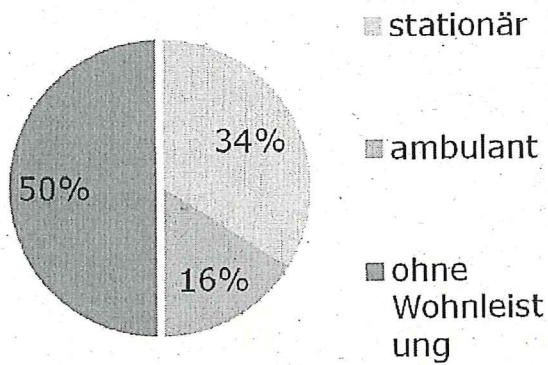
©2014 BAGÜS/con_sens

Präsentation für LVR-Sozialausschuss am 04.05.2015

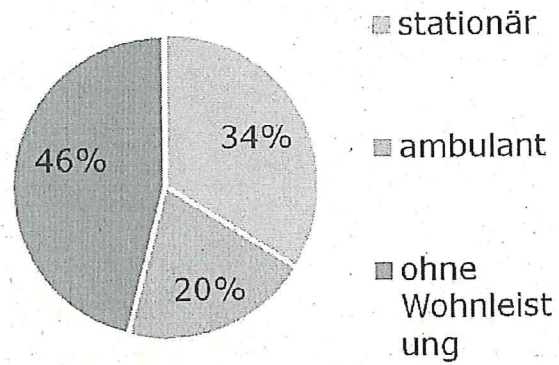
Folie 20

Werkstatt-Beschäftigung und Wohnhilfen

Wohnsituation bundesweit



Wohnsituation LVR



Im Bundesschnitt erhält **rund die Hälfte der Werkstatt-Beschäftigten keine Wohnleistungen** der Eingliederungshilfe.

Folie 21

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

